



Die Stadtverordnetenversammlung
- Beteiligungsausschuss -

Tagesordnung I Punkt 16 der öffentlichen Sitzung am 28. Januar 2020

Vorlagen-Nr. 19-V-23-0301

Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung bei öffentlicher Auftragsvergabe bekämpfen

Antrag der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu TO I Pkt. 5 zur Sitzung des Ausschusses für Frauen, Wirtschaft und Beschäftigung am 03. Dezember 2019

Antrag zur SV 19-V-23-0301

Der Ausschuss wolle beschließen:

1. Der Ausschuss
 - a. nimmt die ablehnende Haltung des Magistrats bzgl. eines Hearings zum Thema Schwarzarbeit zur Kenntnis, und
 - b. lädt einen Vertreter/eine Vertreterin des zentralen Vergabeamtes der Stadt Köln zu einer der nächsten Sitzungen ein.

2. Der Magistrat wird gebeten,
 - a. die ausstehenden Antworten der städtischen Gesellschaften mit Nachdruck einzufordern,
 - b. darauf hinzuwirken, dass in allen städtischen Gesellschaften Vertragsstrafen bei Schwarzarbeit in die Musterverträge aufgenommen werden,
 - c. darzulegen, wie er gedenkt, die von GWW, SEG sowie WiBau unterstützte engere Abstimmung mit den Zollbehörden (z.B. Meldung aller Baustellen) umzusetzen,
 - d. dafür zu sorgen, dass alle Verstöße im Bereich der Schwarzarbeit und illegalen Beschäftigung (sowohl bei der Kernverwaltung als auch bei städtischen Gesellschaften) inkl. der verhängten Vertragsstrafen an einer zentralen Stelle (bspw. Beteiligungsverwaltung und/oder Verdingungsstelle) gesammelt und in einem jährlichen Bericht dem Ausschuss zur Kenntnis gegeben werden.

Beschluss Nr. 0023

1. Der Magistratsbeschluss Nr. 1047 vom 03.12.2019 wird zur Kenntnis genommen.
2. Der Antrag von SPD und Bündnis90/Die Grünen wird angenommen.

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .02.2020

Dr. Völker
Vorsitzender

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Wiesbaden, .02.2020

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Gabriel
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .02.2020

Dezernat III
mit der Bitte um weitere Veranlassung
zu Nr. 2

Mende
Oberbürgermeister